

Beschluss: (einstimmig)

Sicherheit geht vor - Ausstieg aus der Kernenergie

Die Evangelische Jugend in Hessen und Nassau (EJHN) fordert, dass die Politik alles dafür unternimmt, um schnellstmöglich aus der Kernenergie auszusteigen und die Erforschung und Weiterentwicklung erneuerbarer Energien wesentlich stärker zu fördern. Die EJHN fordert eine ernsthafte, konstruktive und partnerschaftliche Auseinandersetzung zur Frage der Energiewende von allen politisch handelnden Personen, Parteien und Organisationen. Die schreckliche Tragödie in Japan darf nicht zu Wahlkampfpolitik und Parteipolitik missbraucht werden.

Wir alle stehen noch unter dem Eindruck der schrecklichen Ereignisse in Japan. Das Ausmaß an Zerstörung ist unbegreiflich. Die Zahl der Toten kann keiner abschätzen. Die Situation ist eine menschliche und ökologische Katastrophe, deren wahre Folgen weiterhin ungewiss sind.

Die Ereignisse in und um das Atomkraftwerk (AKW) in Fukushima halten die Welt in Atem und zeigen einmal mehr, wie gefährlich Kernenergie ist.

Kernenergie wird seit den 50er Jahren zur Stromgewinnung genutzt. Weltweit gab und gibt es seither unzählige Störfälle und gravierende Unfälle bis hin zum Super-GAU von Tschernobyl im April 1986.

Der Bundestag beschloss am 28.10.2010 die Laufzeitverlängerung der AKWs in Deutschland. Dabei wurden die Betriebszeiten der AKWs auf Grundlage des Atomkonsens um 7 bzw. 14 Jahre verlängert.

Der Beschluss zur Laufzeitverlängerung übergang einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Die Mehrheit der Bevölkerung war und ist gegen längere Laufzeiten von AKWs. Erneuerbare Energien leisten mittlerweile einen signifikanten Beitrag zur Stromgewinnung.

Die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej) hat bereits in ihrem Beschluss vom November 2010 auf die Gefahren der Kernenergie hingewiesen und einen Umstieg auf erneuerbare Energien gefordert.

Die EJHN fordert die Beendigung der Nutzung der Kernenergie, weil...

- sie ein **unkalkulierbares Risiko** für die Bevölkerung ist.
- ihr Einsatz die Umwelt **langfristig schädigt**.
- viele Reaktoren nicht mehr den **modernen Sicherheitsstandards** genügen.
- die **Endlagerproblematik** nach wie vor ungelöst ist.

Die EJHN fordert, dass...

- die **Sicherheit der Bevölkerung** vor wirtschaftlichen Interessen steht.
- eine genaue **Sicherheitsüberprüfung** aller aktuell in Betrieb befindlichen AKWs durchgeführt wird.
- die Investitionen in Forschung und Ausbau **erneuerbarer Energien** massiv erhöht werden.
- die **schnellstmögliche Abschaltung** aller AKWs auf Grundlage des Atomkonsens durchgeführt wird.

Die Vollversammlung beauftragt den Vorstand, sowie die Außenvertreter, sich öffentlich und aktiv in Fragen der Energiepolitik einzumischen, sowie die Mitglieder der EJHN in Fragen zum Thema Zukunft der Energiepolitik zu unterstützen.

Die EJHN ruft Ihre Mitglieder dazu auf, sich in die Energiedebatte aktiv einzubringen, indem sie z.B. an entsprechenden Veranstaltungen teilnehmen und sich klar in der Frage des Energiewandels positionieren.